3. Mannheimer
Transportrechtstagung

Der Prozess in Rhein- und Binnenschifffahrtssachen

Dr. Hubert Holland
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Versicherungsrecht

Überblick

1. Schiffahrts- und Rheinschiffahrtsgerichtsbarkeit
2. Binnenschifffahrtssachen
3. Rheinschifffahrtssachen
4. Prorogation und Derogation
5. Internationale Zuständigkeit in Schifffahrtssachen
6. Instanzenzüge

Schiffahrtsgericht oder Schifffahrtsgericht?

Die korrekte Bezeichnung des in Binnenschiffahrtsachen gemäß § 5 I BinSchVerfG tätigen Gerichtes lautet Schiffahrtsgericht. Das Gericht hat diese Bezeichnung auf den schriftlichen Dokumenten, insbesondere Beschlüssen und Urteilen, zu führen.

Dies gilt auch für das als Berufungsgericht tätige Oberlandesgericht, das die Bezeichnung Schiffahrtsobergericht zu führen hat. Würde eine Berufung zum Schiffahrtsobergericht eingelegt, das angerufene Gericht aber in der Berufungsschrift als Oberlandesgericht bezeichnet, wäre die Berufung dennoch formgerecht eingelegt.

Beschluss des Schiffahrtsgerichtes Würzburg vom 08. Juli 2014, Az.: 16 C 1678/13 BSch

ZfB 2014, SaS 2307

Der Beschwerdeführer wird anlässlich der vorliegenden Berichtigung dahingehend aufgeklärt, dass einzig korrekte Bezeichnung allerdings »Schiffahrtsgericht« (mit zwei »f«) ist (vgl. von Waldstein/Holland § 5 BinSchVerfG, Rdnr. 3). Die vom Beschwerdeführer beantragte Berichtigung zu »Schifffahrtsgericht« (mit drei »f«) ist ebenso ungesetzlich und unzutreffend wie die angegriffene Bezeichnung als »Amtsgericht«. Das Schiffahrtsgericht ist insoweit zugunsten des Beschwerdeführers von einem mehrfachen Schreibversehen ausgegangen, so dass keine (Teil-)Zurückweisung angezeigt war.

Binnenschifffahrtssachen
§§ 1-13 BinSchVerfG

Rheinschifffahrtssachen
§§ 14-18 BinSchVerfG

Moselschifffahrtssachen
§§ 18a-18e BinSchVerfG

Rheinschiffahrts-gerichte

Schiffahrts-gerichte

Moselschiffahrts-gericht

Revidierte Rheinschifffahrtsakte 1868

BinSchVerfG 1952

Moselvertrag 1956

Eingangsinstanz: Amtsgericht (§§ 1, 3 Abs. 1 S. 1, 15 Abs. 1, 18 b Abs. 1 BinSchVerfG

Binnenschifffahrtssachen

1. § 2 Abs. 1 BinSchVerfG

- Bürgerliche Rechtsstreitigkeit
- Benutzung von Binnengewässern durch Schifffahrt (Ausnahme § 2 Abs. 1 S. 2)
- Gegenstand der Rechtsstreitigkeit

  a) SchEA aus unerlaubter Handlung
  b) Andere EA für Beschädigung durch Schiffer
  c) Vertragl. SchE aus Unfall
  d) SchEA aus Amtspflichtverletzung
  e) Ansprüche aus Bergung
  f) Zahlung Lotsen- und Hafengebühren etc.

Binnenschifffahrtssachen

2. Seeschifffahrtsstraßenbereich, § 2 Abs. 3 S. 2 BinSchVerfG (-)

3. Verklarungsverfahren, § 11 BinSchG (+)

4. Havarie-grosse

   – Dispachebestätigungsverfahren, §§ 403 ff i. V. m. § 377 Abs. 2 FamFG und § 595 HGB
   – Klage auf HG-Beitrag eines Beteiligten (+)

5. Schifffahrsrechtliches Verteilungsverfahren, § 37 SVertO (-)

6. Arbeitssachen (-)

Rheinschifffahrtssachen

§ 4 BinSchVerfG iVm Artt. 34 II und 34bis MA

a) Zahlung der Lotsen-, Hafengebühr, etc.

b) Hemmung des Leinpfades durch Privatpersonen

c) Beschädigung welche Schiffer während der Fahrt oder beim Anlagen andere verursacht haben (Art. 34bis!)

d) Beschädigung von Grundeigentum durch Zugpferde

Prorogation und Derogation

1. Ausschließliche Zuständigkeit?

2. Prorogation (§ 2 Abs. 2 BinSchVerfG; Art. 35ter MA)

3. Derogation (§ 6 BinSchVerfG; § 14 Abs. 2 S. 2 BinSchVerfG, Art. 35ter MA)

Internationale Zuständigkeit der Schiffahrtsgerichte

1. Vorrang internationaler Übereinkommen
   - EuGVO
   - LuganoÜbk.
2. Örtliche Zuständigkeit indiziert internationale Zuständigkeit
3. Sonderproblem: Kondominium

Internationale Zuständigkeit der Rheinschiffahrtsgerichte

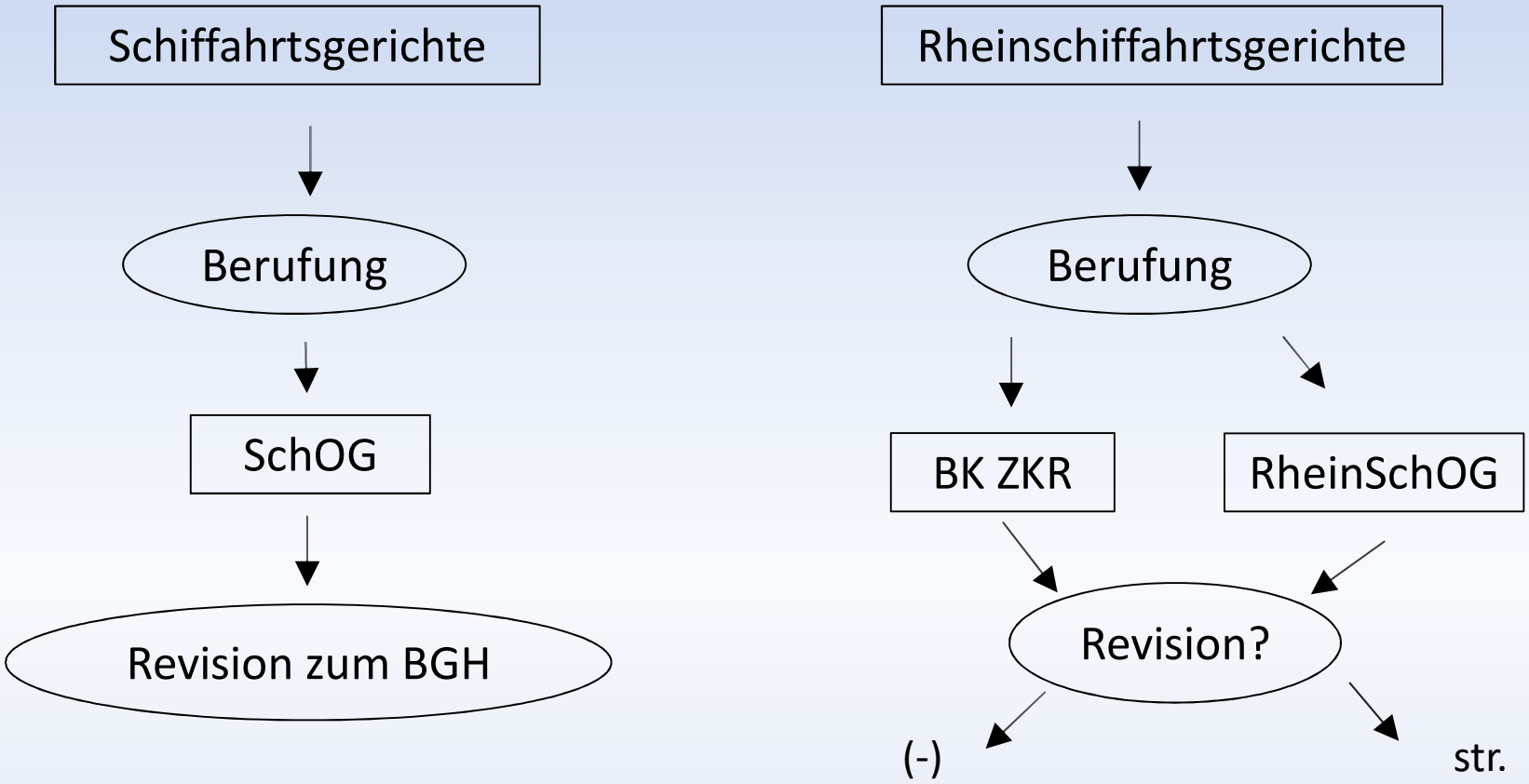
1. Verhältnis MA zu EuGVO/LuganoÜbk

2. Art. 35bis MA

   a) Hoheitsgebiet zweier Staaten

      - Kondominium

      - Auseinanderfallen von Handlungs- und Erfolgsort

   b) Nicht feststellbar, im Hoheitsgebiet welchen Staates

Instanzenzüge